

01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 25. Bis 31. Oktober 2021

01. 11. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Auf dem EU-Gipfel in Brüssel am 21. Und 22. Oktober sagte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission und insbesondere ihres Vizepräsidenten Frans Timmermans die „Mittelschicht“ in Europa zerstören könnte und dass „die gesamte europäische Demokratie auf der Existenz der Mittelschicht beruht [...] Die europäische Demokratie wird von denen bedroht, die die Strom- und Gaspreise in die Höhe treiben. Deshalb müssen diese Pläne zurückgezogen und neu überdacht werden [...] Das muss gestoppt werden“.
- Bei dieser Gelegenheit verurteilte der ungarische Regierungschef die von den europäischen Institutionen gegen Polen inszenierte Hexenjagd aufs Schärfste: „Die Wahrheit ist auf der Seite der Polen, und wir werden die Polen verteidigen [...] Es gibt eine schleichende Machtausweitung der Europäischen Union, die endlich gestoppt werden muss. Die Polen haben endlich den Mut gehabt, diesen Kampf aufzunehmen. Unser Haus liegt direkt neben ihnen.“
- Nachdem die Zahl der positiven Covid-Tests in den letzten Wochen stark angestiegen war, kündigte der Bürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony, am Donnerstag, den 28. Oktober, an, dass ab dem 1. November in den Kinos und Theatern der ungarischen Hauptstadt das Tragen einer Maske Pflicht sei. Gleichzeitig kündigte Regierungssprecher Gergely Gulyás an, dass Unternehmen ihre Mitarbeiter ab dem 1. November zur Impfung verpflichten können, wobei die erste Impfdosis erst nach 45 Tagen verabreicht werden darf. Nach Ablauf dieser Frist können Arbeitnehmer, die sich weigern, geimpft zu werden, entlassen werden. Die

- Regierung wird diese Maßnahme auf Staatsbedienstete anwenden. Außerdem besteht ab dem 1. November eine Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Die Ministerialbeauftragte für Weltraumforschung im Außen- und Handelsministerium, Orsolya Ferencz, kündigte am Donnerstag, den 28. Oktober, den Start eines Auswahlverfahrens für ungarische Astronauten an, die im nächsten Jahrzehnt an 30- bis 60-tägigen Missionen auf der internationalen Raumstation teilnehmen werden.
 - Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hat am 19. Oktober in Straßburg einen Vorschlag zur Verbesserung der Situation und der Rechte der nationalen Minderheiten in Europa vorgelegt und die Aufnahme von fünf neuen Schutzprinzipien in das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz von Minderheiten bis Ende 2022 empfohlen. Nach diesen fünf Grundsätzen ist „der Schutz nationaler Minderheiten keine innere Angelegenheit, sondern eine europäische Angelegenheit [...] Die Grundlage für den Schutz nationaler Minderheiten ist die Gewährleistung des Rechts auf Identität [...] Um die Identität zu gewährleisten, muss auch die Ausübung individueller und kollektiver Rechte sichergestellt werden [...] Nationale Identität und Staatsangehörigkeit sind nicht notwendigerweise dasselbe [und] die Staaten müssen in ihren Verfassungen verankern, dass die auf ihrem Hoheitsgebiet lebenden nationalen Minderheiten Faktoren bei der Gestaltung des Staates sind“.
 - Der ungarische Ministerpräsident und Fidesz-Vorsitzende Viktor Orbán wurde auf der Generalversammlung der Christlich-Demokratischen Internationale (CDI) am Donnerstag, den 28. Oktober, in Brüssel erneut zum Vizepräsidenten der Organisation gewählt.
 - Am Dienstag, den 26. Oktober, empfing Viktor Orbán Marine Le Pen in Budapest.

Polen

- Trotz einiger Ausweichmanöver auf amerikanischer Seite hat die US-Regierung schließlich beschlossen, den polnischen Präsidenten Andrzej Duda zur Teilnahme am Demokratie-Gipfel am 9. und 10. Dezember einzuladen. Auf polnischer Seite wurde die hochmütige Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Warschau zwar nicht begrüßt, aber als Gelegenheit gesehen, bessere Beziehungen zum Team von Joe Biden aufzubauen, während Ungarn, ein enger Verbündeter Polens, als einziger Mitgliedstaat der Europäischen Union nicht zum Gipfel eingeladen wurde, da die Amerikaner es als „partielle Demokratie“ betrachten...
- Nach einer aktuellen Analyse polnischer statistischer Daten, die von der Gazeta Wyborcza zitiert wird, ist die durchschnittliche Wohnungsgröße in polnischen Städten von 65 m² im Jahr 2009 auf 56 m² im Jahr 2020 gesunken, was einem Rückgang von 13,8 % entspricht.
- Am Samstag, den 23. Oktober, nahm eine große polnische Delegation am Friedensmarsch teil, der anlässlich des 65. Jahrestages der ungarischen Revolution von 1956 mehrere hunderttausend Menschen in Budapest versammelte. Eine bemerkenswerte Präsenz, die der ungarische Premierminister Viktor Orbán zu Beginn seiner Rede nicht unerwähnt ließ.
- Am Dienstag, den 26. Oktober, gab es in Polen eine kleine Ministerumbildung: Henryk Kowalczyk (PiS) wurde zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister ernannt und löste damit Grzegorz Puda (PiS) ab, der zum Minister für Fonds und Regionalpolitik ernannt wurde. Sein Vorgänger in diesem Amt, Tadeusz Kościński (Unabhängige), wurde Finanzminister. Schließlich wurden Kamil Bortniczuk (PiS), Anna Moskwa und Piotr Nowak zum Minister für Sport und Tourismus, zum Minister für Umwelt und zum Minister für Entwicklung und Technologie ernannt.

- Am 23. Oktober wurde ein Richter des Krakauer Landgerichts, Maciej Ferek, vom Präsidenten des Gerichts für einen Monat suspendiert, weil er die Rechtmäßigkeit einer Entscheidung eines vom neuen Nationalen Justizrat ernannten Richters in Frage gestellt hatte. Ferek hatte sich – wie sein Kollege Waldemar Żurek in einem früheren Fall – auf Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gestützt. Der Fall wird sich wahrscheinlich ausbreiten, da bereits mehr als 250 polnische Richter ihre Bereitschaft signalisiert haben, dem Beispiel zu folgen und die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts aufzuheben.
- Moldawien – eine ehemalige Sowjetrepublik mit 2,6 Millionen Einwohnern, die mehrheitlich rumänischsprachig sind und zwischen Rumänien und der Ukraine liegen – konnte sich mit Gazprom nicht über die Verlängerung seines Gaslieferungsvertrags einigen. Das russische Unternehmen, das eine Preiserhöhung von 43,6 % ab dem 1. Oktober fordert, drehte einfach den Hahn zu und stürzte das Land in eine noch nie dagewesene Gasknappheit, die die Behörden in Chişinău dazu zwang, den Notstand auszurufen. In dieser kritischen Situation konnte die moldauische Regierung auf die Solidarität Polens zählen, denn das polnische Unternehmen PGNiG unterzeichnete sofort einen ersten Vertrag über die sofortige Lieferung von einer Million Kubikmeter Gas an Chişinău. In diesem Zusammenhang kritisierte der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Auswärtige Angelegenheiten, Josep Borrell, scharf die russische Haltung, Gas in diesem Fall als „geopolitische Waffe“ einzusetzen. Dabei gab die moldawische Regierung am Freitag, den 29. Oktober, bekannt, dass mit Gazprom eine Vereinbarung über die Verlängerung der Gaslieferungen an Moldawien für die nächsten fünf Jahre getroffen wurde. Diese Information wurde von Gazprom bestätigt.
- In einer weiteren Eskalation des Rechtsstreits zwischen Polen und der Europäischen Union beschloss das Europäische Netz der Räte für das Justizwesen (ENCJ) bei seinem Treffen am 28. Oktober in Vilnius (Litauen), den polnischen Nationalen Rat für das Justizwesen (KRS) auszuschließen, der vor drei Jahren aufgrund des Streits über die Reform des polnischen Justizwesens aus der Organisation ausgeschlossen wurde. In einer Erklärung des RECM heißt es: „Dies ist keineswegs eine Entscheidung, die man feiern sollte. KRS gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Netzwerks, und seine Vertreter im Netzwerk waren hoch angesehen und leisteten über viele Jahre hinweg einen wichtigen Beitrag zur Arbeit des Netzwerks, sowohl im Vorstand als auch in den verschiedenen RECM-Projekten [aber] nach der Aussetzung hat sich die Arbeit von KRS nicht verbessert. [...] in Wirklichkeit hat sich die Situation weiter verschlechtert. Der KRS-Vorsitzende Paweł Styrna antwortete seinerseits, dass „der RECM und nicht der polnische KRS die alleinige Verantwortung für diese Krise trägt“ und erklärte insbesondere, dass „die Erklärungen des KRS bei drei Gelegenheiten völlig ignoriert wurden“. Ich halte diese Entscheidung für unbegründet und für schädlich für die Unabhängigkeit Ihrer Organisation“, sagte er.
- Trotz einiger Ausweichmanöver seitens der Vereinigten Staaten hat die US-Regierung schließlich beschlossen, den polnischen Präsidenten Andrzej Duda zur Teilnahme am Demokratie-Gipfel am 9. Und 10. Dezember einzuladen. Auf polnischer Seite wurde die hochmütige Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Warschau zwar nicht begrüßt, aber als Gelegenheit gesehen, bessere Beziehungen zum Team von Joe Biden aufzubauen, während Ungarn, ein enger Verbündeter Polens, als einziger Mitgliedstaat der Europäischen Union nicht zum Gipfel eingeladen wurde, da die Amerikaner es als „partielle Demokratie“ betrachten...

- Nach einer aktuellen Analyse polnischer statistischer Daten, die von der Gazeta Wyborcza zitiert wird, ist die durchschnittliche Wohnungsgröße in polnischen Städten von 65 m² im Jahr 2009 auf 56 m² im Jahr 2020 gesunken, was einem Rückgang von 13,8 % entspricht.
- Am Samstag, den 23. Oktober, nahm eine große polnische Delegation am Friedensmarsch teil, der anlässlich des 65. Jahrestages der ungarischen Revolution von 1956 mehrere hunderttausend Menschen in Budapest versammelte. Eine bemerkenswerte Präsenz, die der ungarische Premierminister Viktor Orbán zu Beginn seiner Rede nicht unerwähnt ließ.
- Am Dienstag, den 26. Oktober, gab es in Polen eine kleine Ministerumbildung: Henryk Kowalczyk (PiS) wurde zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister ernannt und löste damit seinen Vorgänger Grzegorz Puda (PiS) ab, der zum Minister für Finanzen und Regionalpolitik ernannt wurde.

Slowenien

- Am Montag, dem 25. Oktober, feierte Slowenien den Tag der Souveränität, der an eines der wichtigsten Ereignisse im slowenischen Unabhängigkeitsprozess erinnert: den Tag, an dem der letzte Soldat der jugoslawischen Volksarmee nach dem Unabhängigkeitskrieg das slowenische Staatsgebiet verließ. „Möge ein unabhängiges und souveränes Slowenien eine sichere und freundliche Heimat für alle bleiben, die es lieben!“
- Am Mittwoch, den 27. Oktober, fanden in Ljubljana und in anderen slowenischen Städten erneut Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Covid-19-Virus statt. Allerdings war die Beteiligung geringer und die Proteste wurden diesmal nicht gewalttätig.
- Am Freitag, dem 29. Oktober, wurde das Denkmal für die Nachkriegsopfer der kommunistischen Revolution auf dem Friedhof Žale in Ljubljana von Vandalen mit kommunistischen Parolen verunstaltet.
- Am Freitag, dem 29. Oktober, fanden erneut linke Anti-Regierungs-Proteste statt, an denen sich auch extremistische Gruppen wie die Antifa beteiligten. Die Demonstranten blockierten erneut Straßen und behinderten den Verkehr und Busse.
- Am Samstag, den 30. Oktober, wurden 42 % positive Covid-19-Tests registriert; 572 Patienten werden im Krankenhaus behandelt, 138 davon auf der Intensivstation. Die Ärzte sind besorgt und fürchten sich vor einem Szenario, das wir in Bergamo erlebt haben, und rufen daher immer wieder zur Impfung auf.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER